

Fenster schließen



20.07.2010

## Politik

### „Gesunder Menschenverstand hat sich durchgesetzt“

**In Baden-Württemberg will keiner das Schulsystem verändern. Der Philologenverband triumphiert über das Hamburger Ergebnis**

Das Hamburger Votum gegen die sechsjährige Primarschule wird in Baden-Württemberg mit gemischten Gefühlen zur Kenntnis genommen. Bernd Saur, der Vorsitzende des Philologenverbandes, in dem vor allem Gymnasiallehrer organisiert sind, macht sich gar nicht erst die Mühe, seine Triumphgefühle zu verbergen: „Gesunder Menschenverstand hat sich durchgesetzt.“ Die Südwest-CDU fühlt sich auf ganzer Linie bestätigt. FDP-Fraktionschef Hans-Ulrich Rülke ist froh, „dass es keine Mehrheit gibt für grüne Bildungsideologie.“ Die Hamburger Bildungssenatorin Christa Goetsch (GAL), aus Baden-Württemberg stammend, hatte nach der Niederlage bedauert, dass man nun hinter europäischem Standard zurück bleibe. „Wir pfeifen auf den europäischen Standard, wenn er deutlich unter unserem eigenen liegt“, tönt Saur nun und verweist auf die guten Platzierungen in Bildungsstudien. „Hände weg von unserer Schulstruktur“, tönt Saur. Seine These lautet nicht erst seit Sonntag: Wenn „Einheitsschulen“ eingeführt werden, und als solche sei auch die Primarschule zu sehen, kauften Eltern, die es sich leisten könnten, ihre Kinder aus dem schwachen staatlichen Schulsystem heraus, um sie in exklusiven Privatschulen unterrichten zu lassen. „Die anderen Kinder haben das Nachsehen, weil sie keine reichen Eltern haben.“

Doch auch ohne „Einheitsschule“ haben Privatschulen im Südwesten Zulauf wie nie, weil das staatliche System die Vorstellungen von Eltern von gutem Lernen nicht erfüllt. Rund 60 Anträge von Schulen und Trägern liegen bei der Schulverwaltung, einige von ihnen beantragen Gemeinschaftsschulen. So will in Karlsruhe eine Elterninitiative im Schulterschluss mit der Bildungsgewerkschaft GEW und der Pädagogischen Hochschule als Konzeptpartner eine inklusive zehnjährige Modellschule nach skandinavischem Vorbild einrichten. Der Gemeinderat genehmigte, das Regierungspräsidium lehnte ab: „Das Kultusministerium wird keine Schulversuchsanträge genehmigen, die das Schulsystem beliebig machen und vom Landtag getroffene bildungspolitische Grundsatzentscheidungen konterkarieren.“

Auch in Tübingen lief die Französische Schule gegen die Wand, die eine „Neue Sekundarschule“ für die Klassen 1 bis 10 beantragte – und mit dem Hinweis abgelehnt wurde, dass das Konzept „keine Differenzierung in die Schularten“ beinhalte. Weil die Landesregierung längeres gemeinsames Lernen nicht will, wandelt mancher Schulträger seine Schule in eine Privatschule um. In Baden-Württemberg gibt es nicht wenige Verfechter des längeren gemeinsamen Lernens. Zu den inzwischen prominenten gehört der Ravensburger Hauptschulrektor Rudolf Bosch, gemeinsam mit Bernd Dieng Vorstand des Vereins „Länger gemeinsam lernen – Baden-Württemberg e. V.“ „Vielerorts ließe sich durch längeres gemeinsames Lernen aller Kinder eine tragfähige Sekundarschule (Gemeinschaftsschule) einrichten“, sagt der Pädagoge, den der damalige CDU-Fraktionschef Stefan Mappus am liebsten aus dem Schuldienst entfernt hätte. Der größte Vorteil aus seiner Sicht: „Jede Schule ist für den Bildungserfolg ihrer Schülerinnen und Schüler verantwortlich, sie kann sie nicht auf eine andere Schule abschieben.“ Die neue Kultusministerin Marion Schick signalisierte Gesprächsbereitschaft und Dialog, machte aber gleich klar, dass an der drei- und bald viergliedrigen Struktur der baden-württembergischen Schullandschaft nicht gerüttelt wird. Schick setzt eher auf individuelle Förderung, die nach Ansicht der meisten Bildungsforscher den Schlüssel zur Bildungsgerechtigkeit darstellt. Auch die gepriesenen „Bildungshäuser“ für Drei- bis Zehnjährige machen am Übergang zur fünften Klasse Schluss.

Die Grünen haben das Konzept der Basisschule entwickelt, das auch die kleinste Grundschule am Ort lässt, aber gemeinsames Lernen in der Sekundarstufe vorsieht. Auch dies jedoch wird mit Schwarz-Gelb im Südwesten kaum durchsetzbar sein.

---

<http://www.suedkurier.de/news/brennpunkte/politik/Schule-Schulreform-Grundschule-Baden-Wuerttemberg;art410924,4389016>

Fenster schließen